

Financing for Development Forum 2023

Punktsieg für die Vereinten Nationen

von Bodo Ellmers

Das **UN Financing for Development Forum 2023** stand ganz im Zeichen der multiplen Krisen. Die Rückschläge bei der Agenda 2030 haben den politischen Druck erhöht, substanzielle Fortschritte bei der Entwicklungsfinanzierung zu machen. Hart verhandelt wurden vor allem die Kapitel im Ergebnisdokument zu Steuern und zu Verschuldungsfragen. Besonders afrikanische Länder wollen die Arbeit der UN im Steuerbereich weiter stärken. Mit der eskalierenden Schuldenkrise wird es zudem wichtiger, effektive Institutionen zum Krisenmanagement zu schaffen, die allen Ländern zugänglich sind.

Die größere Beteiligung am Forum im Vergleich zu Vorjahren belegt das wachsende Interesse der Weltgemeinschaft an diesem Arbeitsbereich der UN. Mehr als 30 Mitgliedstaaten waren dieses Jahr auf Minister*innenebene vertreten. Auch die Anzahl der **Side-Events** nimmt ständig zu. Geopolitische Spannungen haben auch beim FfD-Forum die Verhandlungen beeinflusst. Doch im Gegensatz zu den jüngsten Sitzungen von G20 und IWF gelang es, ein Ergebnisdokument im Konsens anzunehmen, das noch dazu seine Pendanten aus den Vorgängerjahren an Substanz übersteigt. Es zeigt sich, dass die relativ starke Position der blockfreien „Dritte Welt“-Länder im Governance-System der UN hilft, die rivalisierenden Blöcke an den Verhandlungstisch zu binden. Die UN gewinnt damit im Bereich der Finanzpolitik an Relevanz und Handlungsfähigkeit. Das steigert die Erwartungen an die vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4), die in 2025 stattfinden soll.

Wachsende Herausforderungen an die Entwicklungsfinanzierung

Die multiplen Krisen drohen die Entwicklungserfolge der vergangenen Jahrzehnte wieder zunichte zu machen. Der **Human Development Index** von UNDP war nun zwei Jahre infolge rückläufig. Auch die **Umsetzung der Agenda 2030** wird untermindert. Bei den meisten SDGs sind Stagnation oder sogar Rückschritte zu verzeichnen. Die extreme Armut nimmt wieder zu, und Ungleichheit steigt an.

Finanzierungsprobleme waren für den globalen Süden seit jeher ein Entwicklungshemmnis. Nicht nur der absolute Mangel an Finanzmitteln, sondern die im Vergleich zum globalen Norden deutlich schlechteren Finanzierungsbedingungen hemmen die Entwicklungsprozesse. Die „Great Finan-

ce Divide“, wie sie die Inter-Agency Task Force on Financing for Development (IATF) in ihrem **Bericht von 2022** nannte, hat sich in den letzten 12 Monaten noch verschlimmert. Die **Zinswende**, die rapide und massive Anhebung der Leitzinsen durch die Zentralbanken des globalen Nordens, hat im globalen Süden zu massiv gestiegenen Finanzierungskosten, zu Währungsabwertungen und zu einem rapiden Anstieg der systemischen Risiken von Schuldenkrisen geführt. Viele Länder sind de facto von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten.

Trotz der geopolitischen Spannungen hat besonders das UN-System im letzten Jahr bedeutende Beschlüsse gefällt, die die Debatten auf dem FfD-Forum beeinflussten. So hat sich etwa der UN-Klimagipfel in Sharm el-Sheikh im Grundsatz auf einen **Loss and Damage Fund** geeinigt,

dessen Design und Finanzierung allerdings noch ausgearbeitet werden müssen.

Die UN-Generalversammlung hat im Herbst 2022 zwei bedeutende Resolutionen verabschiedet. Mit der [Resolution 77/244](#) zu „Promotion of inclusive and effective international tax cooperation at the United Nations“ wurde beschlossen, zwischenstaatliche Verhandlungen zur Steuerkooperation unter dem Dach der UN aufzunehmen. Dies war eine langjährige Forderung besonders der G77, der Gruppe der Entwicklungsländer bei der UN.

[Resolution 77/156](#) dagegen fällt die lang erwartete Entscheidung, die vierte FfD-Konferenz (FfD4) einzuberufen, vorläufig terminiert für 2025. Damit wird der FfD-Prozess auf eine höhere politische Ebene gehoben und substantiell aufgewertet. Die Erwartungen sind hoch, dass mit der FfD4-Konferenz neue Antworten auf die multiplen Krisen und die Rückschläge bei der SDG-Implementierung gefunden werden. Bereits beim diesjährigen ECOSOC FfD-Forum wurde die neue Dynamik sichtbar.

Der Vorbereitungsprozess

Zum ersten Mal seit Ausbruch der Coronapandemie konnte der Vorbereitungsprozess des FfD-Forums seinen gewohnten Lauf nehmen, da alle Kontakt- und die meisten Reisebeschränkungen aufgehoben waren. Auch die Friends of Monterrey, eine Gruppe von im FfD-Prozess besonders engagierten Ländern unter dem Ko-Vorsitz von Deutschland, Mexiko und der Schweiz, konnte sich wie gewohnt im März zu einem zweitägigen Retreat in der mexikanischen Hauptstadt versammeln, wo die wichtigsten Themen vorverhandelt wurden. Derartige Formate waren auch deshalb wichtig, weil über die Jahre der Pandemie erheblicher Personalwechsel in Ministerien und Botschaften stattgefunden hatte, und viele der neuen Zuständigen noch dabei sind, ihren Zugang zum FfD-Prozess und Thema zu finden.

Als eines der drei großen Foren des Wirtschafts- und Sozialrats der UN stand das 2023 FfD-Forum unter dem Vorsitz der ECOSOC-Präsidentin Lachezera Stoeva aus Bulgarien, die den Prozess mit kompetenter und ruhiger Hand durch das schwierige politische Umfeld führte. Die Ko-Vorsitzenden des Vorbereitungsprozesses waren in diesem Jahr Portugal und Ruanda. Die Arbeit ihrer Botschafter*innen und Teams wurde ebenfalls hoch gelobt.

Wie in den Vorjahren floss auch die Arbeit der IATF in die Verhandlungen ein. Dessen [Financing for Sustainable Development Report 2023](#) trug den Untertitel „Financing Sustainable Transformations“ und legte einen thematischen Schwerpunkt auf das Thema Industriepolitik, gemäß dem Mandat des letztjährigen Forums. Bereits beim Friends of Monterrey Retreat wurden Forderungen laut, dass der IATF-Report mehr den Charakter eines Monitoring- und Rechenschaftsberichts annehmen sollte. Tatsächlich mandatierte das diesjährige FfD-Forum die IATF, im kommenden Report über den Stand der Umsetzung der wichtigsten FfD-Abkommen von Monterrey, Doha und Addis Abeba zu berichten, auch im Hinblick auf die anlaufenden Vorbereitungen für die FfD4-Konferenz in 2025.

Von zivilgesellschaftlicher Seite wurde kritisiert, dass die Institutionen in der IATF einen Konsens unter sich vorverhandeln, was zu weichgewaschenen Politikempfehlungen führe und auch die Rolle der Mitgliedstaaten untergrabe. Es sei besser, die Positionen der verschiedenen Institutionen in einem [Optionsmenu](#) zu aggregieren, wie es zum Beispiel auch beim UN-Sonderprozess zu „FfD in the Era of COVID-19 and Beyond“ gemacht wurde. Ohnehin sei es unangebracht, bei der Diskussion über die Reform der internationalen Finanzarchitektur genau jenen Institutionen die Diskursführung zu überlassen, deren Defizite von der Reform angegangen werden sollen. Die IATF umfasst neben zahlreichen UN-Institutionen auch IWF, Weltbank, WTO und OECD.

Die Verhandlungen und Ergebnisse in den Themenfeldern

Der [Zero Draft](#) des Ergebnisdokuments wurde bereits am 16. März von Seiten der Ko-Vorsitzenden Portugal und Ruanda veröffentlicht, kurz nach dem Retreat der Friends of Monterrey. In zahlreichen informellen Meetings im UN-Hauptquartier in New York wurden anschließend die einzelnen Themenfelder durchverhandelt. Die Debatten beim Forum selbst waren vor allem deshalb interessant, weil sie Einblick in die Prioritäten einzelner Länder und Verhandlungsgruppen gaben. Als Konsenspapier gibt das [Ergebnisdokument](#) primär den gemeinsamen Nenner aller 193 UN-Mitgliedstaaten wieder. Das FfD-Forum erstreckte sich über vier Tage. Die Sitzungen wurden in voller Länge live auf [UN Web TV](#) gestreamt und sind dort auch archiviert.

Einheimische öffentliche Ressourcen (Steuern)

Die Verhandlungen in diesem Bereich waren beeinflusst vom Beschluss der UN-Generalversammlung, zwischenstaatliche Verhandlungen zur Steuerkooperation aufzunehmen. Befürworter*innen hatten erhofft, dass das FfD-Forum den Prozess schon einen Schritt weitertragen würde, zum Beispiel die Verhandlungsmodalitäten dingfest machen könnte. Das ist nicht geschehen, das Ergebnisdokument bezieht sich aber positiv auf den neuen UN-Prozess und den Report, den der UN-Generalsekretär vorlegen soll.

Umstritten war, inwiefern auf Institutionen und Politikprozesse außerhalb der UN eingegangen werden soll. Traditionell ist es in Teilen der UN nicht gern gesehen, wenn Prozesse mit exklusiver Mitgliedschaft und deren Ergebnisse in UN-Dokumenten reflektiert werden. Auf Druck von OECD-Mitgliedstaaten wurde jedoch die Arbeit der OECD und dort angesiedelter Gremien, wie dem Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting, und dem Global Forum on Transparency and Exchange of Tax Information, sowie auch der Addis Tax Initiative zur Kenntnis genommen. Auf Druck der G77 wurde auch ein deutliches Bekenntnis zu Stolen Asset Recovery aufgenommen.

Das Kapitel bleibt allerdings auf der abstrakten Ebene, was zum Teil auch daran liegt, dass das

Thema „Steuern“ jetzt im UN-Prozess einen eigenen neuen Platz bekommen wird, auf dem relevante Fragen exklusiv und im Detail behandelt werden.

Die globale Steuergerechtigkeitsbewegung warb beim Forum für die Idee einer UN-Steuerkonvention. In den Debatten beim Forum selbst sprachen sich auch zahlreiche Mitgliedstaaten für die UN-Steuerkonventionen aus, vor allem afrikanische Länder, die weiterhin die treibende Kraft dieser bedeutenden Governance-Innovation sind. Insbesondere von zivilgesellschaftlicher Seite wurde auch die Notwendigkeit progressiver Steuersysteme betont, wenn Ungleichheit bekämpft werden soll. Die deutsche Delegation promotete den Abbau von Subventionen für fossile Energie.

Internationale öffentliche Finanzen (ODA)

Kurz vor dem FfD-Forum, als sich die Verhandlungen bereits dem Ende näherten, veröffentlichte der Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD die jüngsten **Daten zur Official Development Assistance** (ODA). Diese geben an, dass es in 2022 zwar zu einer deutlichen ODA-Steigerung kam, die aber überwiegend durch gestiegene Ausgaben für Geflüchtete und Unterstützung aus dem Ausland an die Ukraine bedingt war. Beides kann nach DAC-Regeln als ODA angerechnet werden. Allerdings verzichteten manche Geber freiwillig auf diese **vielfach kritisierte Praxis**, weil diese Kategorien zu stark vom eigentlichen Zweck der ODA, der Ent-



Kampagnenstunt von Aktivist*innen am Rande des FfD-Forums

Foto: Marisol Ruiz Celorio

wicklungsfinanzierung, abweichen. Das internationale Ziel, 0,7% des Bruttonationaleinkommens als ODA zu leisten, wird von den DAC-Mitgliedern ohnehin auch weiterhin deutlich verfehlt. Das Ergebnisdokument des FfD-Forums bestätigt erneut das Ziel, ohne jedoch konkrete Maßnahmen oder einen Zeitplan zu seiner Erreichung vorzugeben.

Zunehmend unter Kritik geraten blended financing instruments, also Mischfinanzierungen aus ODA-Zuschüssen und anderen öffentlichen und privaten Mitteln. Die Hoffnungen, dass sich damit eine erhebliche Hebelwirkung erzielen ließe und Investitionen in arme Länder und SDG-relevante Sektoren gelenkt werden könnten, sind in der Praxis weitgehend enttäuscht worden. Bereits der Zero Draft forderte einen „neuen Ansatz“, der weniger die quantitative Hebelwirkung als Aspekte wie Wirkung, Zusätzlichkeit und faire Risikoverteilung zwischen öffentlichen und privaten Partnern ins Zentrum rückt. In abgeschwächter Form ist die Forderung nach einem anderen Ansatz auch im Ergebnisdokument enthalten.

Das Thema Weltbank-Reform spielte auch auf dem FfD-Forum eine Rolle, das eine Woche nach der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank stattfand. Besonders der deutsche Delegationsleiter Jürgen Zattler, Abteilungsleiter aus dem BMZ, nutzte seine Redezeit, um dem Thema Prominenz zu verschaffen. Das Ergebnisdokument bezieht sich auch positiv auf die laufenden Reformprozesse bei der Weltbank, brachte aber keine weiteren Fortschritte.

Die Debatte um eine Weltbank-Reform spielte auch auf dem Forum selbst eine Rolle, besonders in den Sitzungen zur Reform der internationalen Finanzarchitektur und dem Dialog mit den Bretton-Woods-Institutionen. Sowohl aus dem Süden als auch aus dem Norden gibt es viel Unterstützung, wobei aus dem Norden Forderungen nach Mandatserweiterung der Weltbank geäußert wurden, während aus dem Süden primär Rufe nach mehr und vor allem auch günstigerer Weltbank-Finanzierung kommen.

Für Entwicklungsländer, besonders kleine Inselstaaten, war es auch wichtig, im Ergebnisdokument eine Würdigung der laufenden Arbeit zum „Multilateral Vulnerability Index“ (MVI) zu bekommen. Diese Länder leiden darunter, dass der Zugang zu konzessionären Ressourcen bislang auf arme Länder beschränkt ist, definiert als Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen. Es besteht die Hoffnung, dass nach Verwendung des MVI auch besonders vulnerable Länder, etwa für klimabe-

dingte Naturkatastrophen, günstigeren Zugang zu Finanzmitteln bekommen.

Das Ergebnisdokument hat auch die laufende Arbeit der UNCTAD willkommen geheißen, einen konzeptionellen Rahmen zur Messung von Süd-Süd-Kooperationen (SSC) zu schaffen. Anders als bei der ODA der DAC-Mitglieder fehlt es bei SSC weiterhin an einer klaren Definition wie auch an systematischer Messung.

Verschuldung

Das vielleicht bedeutendste Thema im diesjährigen FfD-Prozess war die neue Schuldenkrise. Sowohl die UN als auch IWF und Weltbank läuten die Alarmglocken wegen der in den letzten Jahren enorm angestiegenen Schuldenbestände, die bei den schlechter gewordenen Finanzierungsbedingungen in immer weniger Ländern tragfähig sind. Die hohen und weiter rasant steigenden Kosten für den Schuldendienst drohen in immer mehr Ländern, die Budgetmittel für die Finanzierung von Entwicklung und öffentlichen Gütern aufzufressen: Mit „debt kills the SDGs“ wurde das Problem von zivilgesellschaftlichen Gruppen auf den Punkt gebracht.

Das von den G20 entwickelte „Common Framework“ hat sich **in der Praxis als dysfunktional** erwiesen. Kritisiert werden vor allem sein mangelndes Tempo und mangelnde Reichweite, letzteres da multilaterale Schulden ausgeschlossen werden und an private Gläubiger nur appelliert werden kann. Auch wird das Common Framework nur in Ländern niedrigen Einkommens angewendet, jene mittleren Einkommens haben aber auch mit Schuldenkrise zu kämpfen. Das jüngste Beispiel ist Sri Lanka. Die Debatte um die Reform der Schuldenarchitektur war dann auch zentrales Thema beim Forum, wobei sich zahlreiche Interventionen von Mitgliedsstaaten und anderen Stakeholdern darauf beriefen.

Der vielleicht interessanteste Teil des Ergebnisdokuments ist der Paragraph 63, in dem verbesserte internationale Mechanismen gefordert werden, sowohl für Zahlungsaussetzungen als auch für Umstrukturierungen von Schulden, die allen Ländern zugänglich sind. Explizit wird ein neues Tool für die Einbeziehung privater Gläubiger in Erwägung gezogen. Paragraph 61 bezieht sich darüber hinaus auf die multilaterale Koordination aller Gläubiger, was implizit auch die multilateralen Gläubiger mit einbezieht.

Darüber hinaus enthält das Ergebnisdokument auch politische Absichtserklärungen zur Steigerung von Schuldenumwandlungen und zur Verwendung von sogenannten state-contingent debt instruments, also Kreditinstrumenten, die bei Schocks wie zum Beispiel Naturkatastrophen einen Zahlungsstopp ermöglichen. Diese wurden auch beim Forum selbst von einer breiten Koalition von Mitgliedstaaten aus Nord und Süd gefordert.

In der letzten Fassung wurde auch noch ein Bezug zu den Strafzinsen des IWF eingefügt. Diese IWF-Praxis ist umstritten, weil sie Ländern, die sich in schweren Krisen befinden und deshalb hohe IWF-Kredite aufnehmen mussten, noch zusätzliche Kosten aufbürdet. Im letzten Jahrzehnt hatten darunter überwiegend Länder wie Griechenland und Argentinien zu leiden. Das nächste Opfer wird die Ukraine sein, womit die Front der Surcharges-Verteidiger*innen im politischen Westen langsam zu wackeln scheint.

Systemische Fragen und Querschnittsthemen

Bei den systemischen Fragen spielte auch dieses Jahr wieder die Umleitung (Rechanneling) von Sonderziehungsrechten (SZR) eine Rolle. Erwähnenswert

ist, dass im Ergebnisdokument auch das Rechanneling durch multilaterale Entwicklungsbanken in Betracht gezogen wird. Derzeit werden nur Instrumente des IWF dafür genutzt.

Die Debatte zu SZR beim Forum selbst ging weit über die Umleitung von SZR hinaus. Mehrere Redner*innen forderten eine Neuallokation seitens des IWF. Auch eine Änderung des Allokationsmechanismus wurde gefordert, damit SZR zukünftig stärker nach Bedarf eingesetzt werden können, anstatt, wie bei der letzten Allokation, überproportional an die reichsten IWF-Mitglieder zu gehen. Der Botschafter Kubas – gleichzeitig auch mit G77-Vorsitz – fragte ein Expertenpanel, inwiefern SZR auch direkt zur Klimafinanzierung eingesetzt werden könnten. Diese Idee ist eine Komponente der **Bridgetown-Initiative**, auf die sich viele Mitgliedstaaten positiv bezogen. Auch auf Side-Events spielte der innovative Einsatz von SZR eine Rolle. So stellte das „Debt Relief for Green and Inclusive Recovery Project“ dort ein **neues Konzept** vor, das neben umfassenden Schuldenerlassen auch einen SZR-gespeisten Garantiefonds vorsieht, der Finanzierungskosten für Entwicklungsländer senken soll.

Auch das Thema Rating-Agenturen war wieder auf der Agenda des Forums. Schlechte Kreditratings seitens der privaten Agenturen sind ein Grund für



Plenarsitzung beim FfD-Forum

Foto: Bodo Ellmers

die „Great Finance Divide“, für die massiv höheren Zinskosten für viele Entwicklungsländer auf den internationalen Kapitalmärkten. Das Ergebnisdokument nimmt die Option einer öffentlichen Rating-Agentur zumindest zur Kenntnis.

Unter den cross-cutting issues wurde auch dieses Jahr nochmals der Zugang zu Impfstoffen und anderen COVID-19 relevanten Aspekten behandelt. Forderungen der G77, nach einer Ausweitung der Produktion in Entwicklungsländern wurden allerdings nicht berücksichtigt. Auch wurde der Passus aus dem Zero Draft gestrichen, „universal availability of and equitable access to“ Impfstoffen sicherzustellen. Vereinbart werden konnte nur, die Verfügbarkeit zu steigern. Ansonsten wurde auf die laufende Arbeit dazu bei der WTO verwiesen, wie das multilaterale Handelssystem den Zugang verbessern kann. Die Notwendigkeit zur Reform intellektueller Eigentumsrechte kam auch auf dem Forum selbst nochmals zur Sprache.

Nicht zuletzt wurden auch Fragen der Klima- und Biodiversitätsfinanzierung behandelt, im Nachklang der beiden thematischen COPs 2022, die bedeutende Implikationen für Entwicklungsfinanzierung hatten. Das Ergebnisdokument ruft dazu auf, den neuen Global Biodiversity Framework Fund schnell einzurichten.

Die Debatten um Klimafinanzierung auf dem Forum waren erwartungsgemäß hitzig. Besonders zivilgesellschaftliche Gruppen betonten, dass Klimafinanzierung als „Reparationen“ zu leisten seien und der globale Norden Verantwortung übernehmen und die extraktivistische Ausbeutung des Südens stoppen müsse. Auch Regierungen aus dem globalen Süden äußerten ihren Unmut über das Verfehlen des Klimafinanzierungsziels in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar jährlich und den schwierigen Zugang zu Klimafonds.

Hart verhandelt wurde besonders der Paragraph zu Loss and Damage. Allerdings wurde der Passus zu einem Loss and Damage „Fund“ aus der letzten Fassung des Ergebnisdokuments gestrichen. Dies ist ungewöhnlich, da das Ergebnisdokument des letztjährigen Klimagipfels explizit von einem „Fund“ spricht und die Übernahme von „agreed language“ von einem UN-Dokument ins andere in der Regel diplomatisch unkontrovers ist. Das Ergebnisdokument des FfD-Forums spricht nur noch vage von „funding arrangements“. Die exakte institutionelle Struktur der Loss and Damage Finanzierung dürfte also noch weiter ein heißes Thema auf der UN-Agenda bleiben.

Geopolitik beim FfD-Forum

Noch zu Beginn des Forums war nicht ganz klar, ob das Ergebnisdokument im Konsens angenommen werden kann. In letzter Minute hatte eine von Russland angeführte Gruppe von sechs Ländern beantragt, dass ein Passus zu „unilateralen Sanktionen“ (unilateral coercive actions) noch in das Dokument aufgenommen werden solle. Das stieß besonders im politischen Westen auf Ablehnung.

Laut Flurgespräch war es wohl der Druck aus den Reihen der G77, der die Gruppe dazu brachte, auf diesen Passus zu verzichten. Stattdessen nutzte der **G77-Sprecher** seine Redezeit bei der Abschlussitzung für vehemente Kritik an unilateralen Sanktionen. Der G77-Sprecher ist dieses Jahr ironischerweise Kuba. Jenes Land, das lange unter tatsächlich unilateralen Sanktionen seitens der USA zu leiden hatte, die selbst von engen US-amerikanischen Verbündeten in Europa und Lateinamerika nicht mitgetragen wurden.

Der Vorgang ist insofern bemerkenswert, als die Spannungen zwischen Russland und dem Westen seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine dazu geführt haben, dass Foren wie die G20 oder auch IWF und Weltbank politisch blockiert sind und keine Beschlüsse im Konsens mehr fällen können.

Im Rahmen der UN ist es dagegen gelungen, zu einem Sachthema wie Entwicklungsfinanzierung – das von höchster Relevanz für den globalen Süden ist – ein substanzielles Ergebnis zu verhandeln und im Konsens der 193 UN-Mitgliedstaaten zu verabschieden. Dies offensichtlich auf Druck der G77, die damit deutlich machte, dass die Blockkonfrontation nicht auf Kosten ihrer Entwicklungschancen ausgetragen werden dürfe. Als Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer bei der UN, ist die G77 einst in Zeiten des Kalten Krieges aus den „blockfreien Ländern“ hervorgegangen, die aufgrund ihres dritten Weges den Beinamen „Dritte Welt“ erhielten.

Fazit und nächste Schritte

Der FfD-Prozess hat in 2023 deutlich an Schwung gewonnen. Die Gründe sind vielfältig. Einerseits sind die Herausforderungen durch die multiplen Krisen gewachsen. Die Rückschläge bei der Agenda 2030 haben viele Länder schockiert, und werden dieses Jahr auf der internationalen Agenda prominent behandelt werden, da die offizielle

SDG-Halbzeit ansteht. Auch die geopolitisch bedingte Blockade anderer internationaler Politikforen, wie des G20-Prozesses oder des IWF-Vorstands, könnte eine Rolle dabei spielen, dass Länder verstärkt den UN-FfD-Prozess als Kanal für Politikinitiativen verwenden, schlichtweg weil er noch offen ist und funktioniert.

Der UN FfD-Prozess etabliert sich damit immer besser als internationaler Prozess zur Normensetzung. Was ihm allerdings noch fehlt, ist bessere Operationalisierungs- und Umsetzungskapazität, oder ein klaren Link zu einer Umsetzungsmacht und -kapazität. Bei der G20 werden infolge der Gipfelbeschlüsse klare Arbeitsaufträge an internationale Institutionen vergeben.

Wie der Follow-up zu den normativen Beschlüssen des FfD-Forums erfolgt, ist dagegen weniger klar. Ein Beispiel ist der Beschluss des Forums, ein „Tool“ zur Einbeziehung privater Gläubiger in Schuldenerlasse zu entwickeln. Dieser besteht nun als politisches Mandat, aber muss in der Praxis noch realisiert werden.

Auch die Tatsache, dass im FfD-Prozess zwischen den jährlichen April-Foren wenig passiert, ist ein Hemmnis für seine Effektivität. Dieses Jahr dürfte das Problem dadurch abgemildert werden, dass mit dem SDG-Summit am 20. September auch das High-Level Forum on Financing for Development stattfindet, in dem sich hochrangige Politiker*innen zum Themenkomplex positionieren werden. Auch die zwischenstaatlichen Verhandlungen zu Steuern infolge der UN-Resolution 77/244 sollten bald beginnen. Gespannt sein dürfte man auch darauf, was der UN-Generalsekretär im Schilde führte, als er bei seinem **Eröffnungsstatement** nicht nur für seinen Vorschlag eines **SDG Stimulus Package** warb, sondern explizit anbot, dass die UN einen inklusiven Dialog zu Staatsschulden organisieren könne.

Von der UN-Generalversammlung im Herbst wird erwartet, dass sie den endgültigen Beschluss zur FfD4-Konferenz fällt und anschließend zügig die Modalitäten festlegt. Damit dürfte die kommende Sitzung des FfD-Forum im April 2024 schon Teil des Vorbereitungsprozesses der neuen Weltkonferenz sein.

Impressum

Financing for Development Forum 2023 Punktsieg für die Vereinten Nationen

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.
Königstraße 37a, 53115 Bonn
Tel. 0228 9650510
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
Kontakt: Bodo Ellmers

Autor: Bodo Ellmers

Redaktion: Tobias Gerhartsreiter, Timon Steger

Layout: www.kalinski.media

Bonn, Mai 2023

Dieser Bericht/Arbeitspapier ist Teil des Projekts „**The Global Agenda for Financing Sustainable Development**“ des Global Policy Forum Europe e.V., gefördert von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für die Inhalte dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von GIZ und BMZ wieder.